

Integrieren!

Jugendstudie beschreibt die große Distanz der Jugend zur etablierten Politik

„Ich habe andere Sorgen als Politik“ – in dieser Aussage eines für die 12. Shell-Jugendstudie interviewten Jugendlichen scheinen die wichtigsten Ergebnisse der über 400 Seiten starken Dokumentation prägnant zusammengefaßt. Wenn auch nicht mehr wirklich überraschend, aber doch befremdlich bleibt, was die Autoren aus 60 Interviews, dem qualitativen Teil der Studie, zusammengetragen haben: etwa, daß in den Augen der Jugendlichen Politik und Politiker „meilenweit“ von ihren Interessen und Bedürfnissen entfernt sind, wobei bei dieser Einschätzung nicht nach Geschlechtern oder nach Ost und West unterschieden werden muß. Wenig verständnisvoll wird das politische Geschäft als „trocken, langweilig, abstrakt, unüberschaubar, ohne klare Orientierung, als beliebig“ klassifiziert; die Politiker gelten als „unglaublich, interessengeleitet, trocken, unehrlich, korrupt“.

Anders als die Vorgängerstudien dieser traditionellen Säule der deutschen Jugendforschung (die elfte liegt fünf Jahre zurück) hat die „Studie 97“ einen eindeutigen Themenschwerpunkt: die Voraussetzungen, Motive, die Formen und das Verständnis des politischen und gesellschaftlichen Engagements Jugendlicher oder besser der jungen Generation. Das Alter der Interviewten und Befragten (für den quantitativen Teil hatte man 2100 Jugendliche repräsentativ ausgewählt) lag zwischen 14 und 24 Jahren.

Anlaß für diese engere Perspektive bot dabei gerade die Selbstverständlichkeit, mit der heute nicht nur von der Distanz zwischen Jugend und Politik, sondern von der unpolitischen, unengagierten und politisch desinteressierten Jugend gesprochen wird, in der tagpolitischen Rhetorik ebenso wie in

der Jugendforschung, die in der sich ihrer selbst unsicher gewordenen Gesellschaft boomt. In ihren Interpretationen des Datenmaterials sind die für die Gesamtkonzeption und Koordination der Studie Verantwortlichen, der Frankfurter Sozialforscher *Arthur Fischer* und der Berliner Erziehungswissenschaftler *Richard Münchmeier*, spürbar bemüht, das spezifische Verhältnis der Jugend zur Politik einer verärgert bis resigniert reagierenden Erwachsenenwelt zu erklären.

Vor allem aber wollen sie Fragezeichen setzen hinter die wohlfeilen, aber allzu einfachen Erklärungen für jugendliche politische Abstinenz, die meist schon in den Etiketten selbst stecken, die der jungen Generation derzeit geradezu inflationär angeheftet werden. Unter dem Eindruck der grellen Bilder der „Love-Parade“ oder im Trockeneisnebel zuckender Körper auf irgendwelchen Technopartys klingt es doch auch ziemlich plausibel, von der selbstverliebten, erlebnissüchtigen, Spaß-, Freizeit- und Hedonistengeneration zu reden.

Auf das „Spaß-Haben“ läßt sich diese Jugend aber nicht reduzieren, auch wenn der „Spaß“, wie die Studie erneut zeigt, ein wichtiges Kriterium aller Freizeitaktivitäten ist. Vor dem Hintergrund der in der Studie auch vorgelegten Lebenslagenanalyse wollen die Autoren das landläufige, sicher auch nicht einfach falsche Urteil, „der Jugend ging es noch nie so gut wie heute“, nicht mehr absolut gelten lassen. Denn die Zukunft dieser Generation ist fraglich geworden: in bezug auf Arbeitsplatz und Einkommen, auf Umweltbedingungen und Gesundheit, vor allem das Selber-handeln-Können bzw. den Druck der Sachzwänge.

„Offen“, also ohne jede Vorgabe befragt, was sie denn als ihr Hauptproblem bezeichnen würden, nannte fast jeder zweite Befragte das Thema *Arbeitslosigkeit*, und 92 Prozent bezeichneten die Arbeitslosigkeit als das zentrale gesellschaftliche Problem. Je älter die Befragten waren, um so häufiger kam diese Auskunft. Bei den Fragen nach den Zukunftserwartungen ergab sich fast ein Hälfte-Hälfte-Verhältnis zwischen

düsteren und zuversichtlichen Perspektiven. Das Fazit der Studie: „Die gesellschaftliche Krise hat inzwischen die Jugendlichen erreicht“, die gesellschaftlichen Krisenphänomene seien zu Sozialisationserfahrungen geworden, die sich mit einer gewissen Verzögerung bestätigten und verfestigten.

Das „Ich habe andere Sorgen als Politik“ scheint dabei kaum Ausdruck einer Trotz- oder Verweigerungshaltung zu sein. Erst recht schwelgt unter den Jugendlichen keiner mehr in großen gesellschaftlichen Visionen. Eher prägt nüchternen, gelegentlich fast schon abgebrüht wirkender Realismus viele Aussagen der Jugendlichen zu ihrer persönlichen Situation und zur Lage der Welt. Sie scheinen sich vorrangig deshalb nicht mehr um Politik zu kümmern, weil sie sich nichts mehr von ihr versprechen, zumindest nicht die Lösung ihrer Probleme. Was in unserem Land geschieht, bestimmt in ihren Augen ohnehin die Wirtschaft. Sie erleben sich als die, die die Fehler der heutigen Erwachsenengeneration ausbaden müssen.

Der in der Shell-Studie erneut dokumentierte enorme Vertrauensverlust der etablierten politischen Institutionen, voran der *Parteien*, ist von der Jugendforschung schon vielfach erhoben worden. Und dabei hat keine Partei, auch die Grünen nicht, Anlaß zur Schadenfreude. Die Ablehnung der Jugendlichen richtet sich unterschiedslos gegen alle. Interessant mag an diesem Befund vielleicht noch sein, daß die Demokratie als solche durch das negative Erleben des täglichen politischen Geschäfts im Ansehen der Jugendlichen bisher nicht verloren hat. Ebenso gibt es keine pauschale Ablehnung staatlicher Institutionen: Auf der Skala der Vertrauenswürdigkeit staatlicher und nichtstaatlicher Organisationen stehen neben Umweltschutz- und Menschenrechtsgruppen die Gerichte, das Bundesverfassungsgericht und auch die Polizei weit oben.

Sind die heutigen Jugendlichen nun „politikverdrossen“ oder nicht? Die Autoren haben den Datenbefund dazu in eine medienwirksame Formel gegossen, indem sie die schon leicht

angestaubte „Politikverdrossenheit“ noch einmal aufnehmen, allerdings dabei die Stoßrichtung ändern: Nicht die Jugendlichen sind an Politik desinteressiert, sondern sie unterstellen im Gegenteil, daß die Politik an ihnen nicht interessiert sei. Nicht die Politikverdrossenheit der Jugend, sondern die Jugendverdrossenheit der Politik werde hier zum Thema.

Auch das Urteil „unengagiert“ trifft nach Auskunft der Shell-Studie so undifferenziert nicht zu: die vorhandene und gar nicht so geringe Befürwortung von gesellschaftlichem Engagement bei Jugendlichen lasse sich offenbar nicht ohne weiteres in konkretes Handeln umsetzen. „Jugendliche sind zwar durchaus engagementbereit, aber die Strukturen und Akteure des politischen Systems sowie die darin gegebenen Möglichkeiten scheinen ihnen offenkundig nicht geeignet, um ein für sie befriedigendes Ergebnis erwarten zu lassen.“

Ob eine schlichte Umkehr der Schuldvorwürfe nach dem Motto: nicht die Einstellungen der Jugend sind schuld an der Distanz, sondern die Politik selbst mit ihrem gestörten Verhältnis zur Jugend aus der Studie gefolgert werden soll, mag dahingestellt bleiben. In jedem Fall dokumentiert die Studie ein enormes *Vermittlungsproblem*. Die heute befragten Jugendlichen aber werden sich morgen um die Lösung der sie heute schon bedrückenden Probleme kümmern müssen.

Dabei werden ihnen keine wesentlich anderen politischen Strukturen und Prozesse der Willensbildung wie der Durchsetzung von Entscheidungen zur Verfügung stehen; das Geschäft der von ihnen heute so geschmähten Politiker werden sie dann selbst erledigen müssen. Das in der Studie gezeichnete Verhältnis der Jugend zum politischen System fordert daher alle Anstrengungen von Eltern, Familien, von Parteien und allen Organisationen, in denen aktive politische Partizipation gelernt werden kann, für eine bessere Integration der Jugendlichen in das politische Geschehen, auch mit den für ihre Lebensphase speziellen Erwartungen und Perspektiven. fo

Weiterführend

Die EKD-Synode äußert sich zum Religionsunterricht

Die neue Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland setzte gleich bei ihrer ersten Tagung ein deutliches und in dieser Deutlichkeit auch höchst notwendiges Signal. Im thüringischen Friedrichroda verabschiedeten die 120 Synodalen Ende Mai eine „Kundgebung“ zum Religionsunterricht. Ein Kernsatz aus dieser Erklärung lautet: „Der konfessionelle Religionsunterricht ist weder eine großzügige Geste des Staates noch ein Privileg der Kirchen.“

Der Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach an öffentlichen Schulen hat zwar durch Art. 7 Abs. 3 GG Verfassungsrang. Aber die Kirchen registrieren mit einiger Besorgnis, daß der Religionsunterricht zunehmend auf Vorbehalte stößt, im öffentlichen Bewußtsein nicht mehr als Selbstverständlichkeit gilt. Dieser Trend wurde durch die Wiedervereinigung zweifellos verstärkt, mußte doch der Religionsunterricht in den neuen Bundesländern erst eingeführt und damit auch plausibel gemacht werden.

Der Streit um das brandenburgische Fach „Lebensgestaltung – Ethik – Religionskunde“ (LER) beschäftigt derzeit das Bundesverfassungsgericht, nachdem die evangelische wie die katholische Kirche gegen die Einführung von LER als Pflichtfach geklagt haben. Die Chancen für einen Erfolg der Klagen gegen LER in der jetzigen Form stehen nicht schlecht. Nur genügt es nicht, wenn die Kirchen auf die rechtlichen Garantien für den Religionsunterricht verweisen und sie gegebenenfalls auch einklagen. Es braucht vielmehr eine *inhaltliche Begründung* des Religionsunterrichts vom Bildungsauftrag der Schule her, wie sie in jüngster Zeit sowohl die EKD mit ihrer Denkschrift „Identität und Verständigung“ (vgl. HK, Oktober 1994, 492)

wie auch die Deutsche Bischofskonferenz mit ihrer Erklärung „Die bildende Kraft des Religionsunterrichts“ unternommen haben.

Die EKD-Synode betont ganz in diesem Sinn, auch in einer pluralen Gesellschaft sei religiöse Bildung in der Schule ein unverzichtbarer Faktor allgemeiner und individueller Bildung. Unsere Kultur verdanke sich „mit ihren freiheitlichen Überzeugungen wie ihrem sozialen, diakonischen Verantwortungsbewußtsein gerade auch christlich begründeten Überzeugungen“.

Die synodale Kundgebung wendet sich mit aller gebotenen Klarheit gegen Tendenzen, wie sie in der Einführung von LER zum Ausdruck kommen. Ein staatlicher Pflichtunterricht in weltanschaulich-religiösen Fragen verfehle die freiheitlich-demokratischen Prinzipien und reduziere in unverantwortlicher Weise die Bildungsaufgabe der Schule: „Die Regelungen des Grundgesetzes zum Religionsunterricht entspringen der Einsicht, daß der Staat Vorgaben über religiöse und weltanschauliche Orientierungen niemals selbst herstellen und sie gleichsam verordnen darf.“

Es ist gut, daß die Kirchen beim Thema Religionsunterricht gegenüber der Öffentlichkeit unmißverständlich Stellung beziehen. Sie haben das Recht und die Pflicht, den schulischen Religionsunterricht gegen Mißverständnisse, Unterstellungen und ungerechtfertigte Kritik in den alten wie in den neuen Bundesländern in Schutz zu nehmen, an die grundsätzliche Zuordnung von Religion, Staat und Kirche in einem religiös neutralen Gemeinwesen zu erinnern und auch die bewährten Regelungen des deutschen Staat-Kirche-Verhältnisses am „Musterfall“ Religionsunterricht (so Ulrich Becker bei der Einführung zum Thema bei der Synodaltagung in Friedrichroda) zu verteidigen. Es wäre fatal, würden sie gegenüber Kritikern von außen wie aus den eigenen Reihen kampflös das Feld räumen.

Ein Plädoyer für den schulischen Religionsunterricht ist auch *Selbstverpflich-*